

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rönneischen Park 2.

Inserate: Die 6 gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf. Arbeitervermittlungen 80 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

## Getreidezölle und Teuerungswelle.

Von den Londoner Abmachungen und den auf ihnen basierenden Gesetzen hat man einen Aufschwung unseres darniederliegenden Wirtschaftslebens erwartet. Diese Hoffnung war nicht unbegründet; eine Besserung ist eingetreten, aber sie ist bisher in ihrem Ausmaß stark hinter den hochgespannten Erwartungen zurückgeblieben, die vielfach gehegt wurden. Bezeichnend war das Ergebnis der Leipziger Herbstmesse in der letzten Augustwoche. Angesichts des Umstandes, daß von der Höhe des Umsatzes auf der Leipziger Messe der Beschäftigungsgrad der kommenden Monate in verschiedenen Industriezweigen in hohem Maße abhängt, gilt diese Messe als wichtiges Wirtschaftsbarometer. Es war aber nicht gerade schönes Wetter, was es diesmal angeht. Man hat sich damit zu trösten gesucht, daß die Messe in eine politisch äußerst krisenhafte Zeit fiel; erst gegen Schluß der Messwoche löste sich die Krise durch die Annahme der Dawes-Gesetze, die bis zum letzten Augenblicke zweifelhaft war. Aber diese Erklärung reicht nicht aus, um die von den Käufern geübte Zurückhaltung verständlich zu machen. Die verhältnismäßig hohen Preise haben hierbei eine wichtige Rolle gespielt.

Fabrikanten und Händler berufen sich zur Erklärung der hohen Preise gern auf die angeblich hohen Arbeitslöhne. Es ist aber allgemein bekannt, daß die Löhne nur in seltenen Fällen die Höhe des Reallohns der Vorkriegszeit erreicht haben und vielfach noch unter den damaligen Nominallöhnen liegen. Jedenfalls bleiben sie weit hinter den Löhnen in anderen Ländern zurück, und es ist durchaus unbegründet, die Warenteuerung auf die Lohnhöhe zurückzuführen. Mit größerem Rechte könnte man auf den Unternehmergewinn hinweisen, doch liegen auf diesem Gebiete die Verhältnisse sehr unterschiedlich. Es gibt immer noch viele Betriebe, die mit unzulänglichen Mitteln und deshalb wenig rationell arbeiten. Sie können sich trotzdem halten, da ihnen die Kartelle und Preiskonventionen einen Gewinn garantieren, der vollwirtschaftlich unberechtigt ist.

Preissteigernd wirken die unnötig vielen Zwischenglieder, die sich zwischen Erzeuger und Verbraucher drängen und viel verdienen wollen. Dazu kommen sachliche Momente. Aus der Inflationszeit, wo notwendig ein Risiko für Geldentwertung einkalkuliert werden mußte, haben sich Gewohnheiten erhalten, die sich besonders im Verkehr mit den Banken sehr unliebsam bemerklich machen. Für Leihkapital werden Zinsen gefordert und gewährt, die im Vergleich zu den Zinsen der Vorkriegszeit ganz ungeheuerlich sind. Die Frachten und die Kohlenpreise sind weit höher als früher. Die steuerlichen Lasten sind mit den früheren nicht ohne weiteres zu vergleichen; sehr lästig und die Waren verteuern die Umsatzsteuer in Höhe von 2 1/2 Prozent. Diese Steuer muß bei jedem Besitzwechsel entrichtet werden, den die Ware vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt und dann auf dem Wege vom Fabrikanten bis zum letzten Verbraucher zurücklegt. Diese 2 1/2 Prozent summieren sich und tragen sehr wesentlich zur Verteuerung bei.

Das sind Gründe, die das verhältnismäßig hohe Preisniveau in Deutschland verständlich machen. Dieses Niveau zeigt nun in der letzten Zeit eine Tendenz zur Steigerung, für die eine innere Begründung kaum gegeben ist. Befolgt man die Entwicklung der Großhandelspreise in der amtlichen Reichsstatistik, dann findet man von Beginn dieses Jahres an eine steigende Kurve, die Anfang Mai ihren Höhepunkt erreichte. Die Preise der Vorkriegszeit mit 100 angenommen, beträgt der Großhandelsindex im Durchschnitt des Monats Januar 117,3, im Durchschnitt des März war er auf 120,7 und im April auf 124,1 gestiegen. Dann folgt eine Senkung auf 115,9 im Juni und 115,0 im Durchschnitt Juli. Aber bereits Ende Juli setzt eine Steigerung ein, die seither ununterbrochen angehalten hat. Im Durchschnitt des Monats August betrug der Großhandelsindex 120,4, am 2. September war er auf 121,6, am 9. September auf 124,7 gestiegen, und der 16. September brachte eine weitere Steigerung auf 128,6.

Der Aufschwung in der Entwicklung der Großhandelspreise, die sich natürlich auf den Kleinhandel und die Lebenshaltungskosten übertragen, fällt zeitlich zusammen mit dem Zeitpunkt, da die Zollwucherpläne der Regierung mit der Vorlage des Gesetzes zur Wiedereinführung der Getreidezölle festere Gestalt annahmen. Durch besondere Umstände, die ihrer Natur nach nur vorübergehender Art sein konnten, waren die Inlandpreise für Getreide niedriger als der Weltmarktpreis. Diese Gelegenheit wollte der agrarische Ernährungsminister Graf Kanitz ausnutzen, durch die Wiederherstellung der Wucherzölle seinen eigenen Grundbesitz ein Milliardenvermögen zu schaffen und hungernden Bevölkerung zu kosten. Als Kriegszahlung gewährt er ihnen die Aufhebung der Ausfuhrsteuer für

Getreide. Die Wirkung dieser Maßnahme war durchschlagend. Die Ausfuhr von Roggen steigerte sich von 7 Doppelzentner im Juni auf 2428 im Juli, und bei Weizen trat in der gleichen Zeit eine Steigerung der Ausfuhr von 749 auf 13 343 Doppelzentner ein. Mit der Steigerung der Ausfuhr begannen die Getreidepreise zu klappen. Märktlicher Roggen notierte an der Berliner Börse pro Sonne am 24. Juni 118,50 Mk., am 22. Juli 132,50 Mk., am 12. August 142,50 Mk., am 26. August 154,50 Mk., und die Preise stiegen weiter; die Börsennotiz vom 17. September lautet 205 bis 209 Mk., die vom 19. September 208 bis 212 Mk. Für das Jahr 1913 wird als Durchschnittspreis 164,30 Mk. angegeben, er ist also schon weit überschritten, und heute stehen die Getreidepreise in Deutschland weit über den Weltmarktpreisen. Der Reichsernährungsminister war anscheinend selbst erschrocken über die prompte Wirkung seiner Verordnung. Er hat die Getreideausfuhr wieder verboten, aber der damit angerichtete Schaden ist nicht wieder gutzumachen.

Die Getreidepreise halten sich auf der erreichten Höhe, aber nicht nur das, die außerordentlich hohen Getreidepreise verursachen eine Teuerungswelle, die zunächst die gesamten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die aus ihnen gewonnenen Produkte erfasst. Die Viehpreise steigen, damit wird das Fleisch teurer. Ein starkes Anziehen der Häutepreise ist wahrzunehmen; dadurch werden die Lederpreise und weiterhin die Preise für Schuhe und sonstige Lederwaren in die Höhe getrieben. Eine indirekte Folge dieser Bewegung ist die Steigerung der Preise für die sonstigen industriellen Erzeugnisse. Im Arbeiterhaushalt macht sich diese Teuerungswelle schon recht empfindlich bemerkbar. Die amtliche Statistik berechnet die Höhe der Lebenshaltungskosten für den Durchschnitt Januar 1924 auf 110 Prozent der Vorkriegszeit. Im Durchschnitt Februar war der Index auf 104 Prozent gesunken. Dann begann er wieder zu steigen, und er stand im Durchschnitt des Monats Juli auf 116. Den ganzen August hindurch hielt sich der Index auf 114, er beginnt aber im September wieder zu klappen; am 3. September auf 115, am 10. September auf 116, und die Entwicklung der Großhandelspreise läßt mit Sicherheit eine weitere Steigerung erwarten.

Nun will die Regierung durch besondere Maßnahmen einen Preisabbau herbeiführen. Zu diesem Zweck wurde am 14. September eine „Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuerermäßigungen“ erlassen, die sich auf den Artikel 48 der Reichsverfassung stützt. An sich ist dieses Regieren mit dem Artikel 48 anstatt den Weg der ordentlichen Gesetzgebung zu beschreiten, sehr unsympathisch. Mit dem Erlaß einer Verordnung auf Grund des Artikels 48 erkennt aber die Reichsregierung an, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Reich durch die Preistreibeerei erheblich gefährdet wird. Um diese Gefahr zu beseitigen, wird die Umsatzsteuer mit Wirkung vom 1. Oktober von 2 1/2 auf 2 Prozent herabgesetzt. Durch die gleiche Verordnung werden die Sätze der Kapitalverkehrssteuer, der Gesellschaftsteuer und der Wertpapiersteuer gesenkt. Diese Maßnahmen sollen die notwendige Zuführung neuen Kapitals in die Wirtschaft erleichtern. Daneben werden die Gütertarife auf der Eisenbahn erheblich ermäßigt und die Kohlenpreise herabgesetzt. Die Reichsbank, die ihre Kredite stark beschränkt hat, läßt in dieser Hinsicht eine gewisse Lockerung eintreten, zugleich wird auf die Banken nach der Richtung eingewirkt, daß sie mit der Zinsberechnung und bei ihren sonstigen Geschäften allmählich wieder zu den Gewohnheiten der Vorkriegszeit zurückkehren.

Es ist zuzugeden, daß es sich um zum Teil recht einschneidende Maßnahmen handelt, durch welche indirekt auf den Preisabbau hingearbeitet werden soll. Ob aber damit der gewollte Zweck erreicht wird, steht dahin. Die ganze Aktion der Regierung geht an dem Ausgangspunkt vorbei, der die Teuerungswelle ausgelöst hat, nämlich der Getreidezollvorlage. Die Regierung will den Agrariern durch Wiedereinführung der Getreidezölle ein großes Geschenk machen. Der Gewinn aus den Getreidezöllen wird zum Teil schon im voraus realisiert, und das führt zu der allgemeinen Teuerung. Wenn die jetzt angeforderten Mittel zur Senkung der Warenpreise überhaupt wirksam werden, so wird das nur vorübergehend der Fall sein. Um ein wirkliches Zurückklappen der Teuerungswelle herbeizuführen, muß die Zollvorlage beseitigt werden. Wenn sie die Reichsregierung nicht selbst zurückzieht, verlangt es das Wohl des Volkes, daß alles getan werde, um das Zustandekommen dieses Haubzuges auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung zu verhindern.

## Die Wirtschaftskämpfe im Jahre 1923 in der Reichsstatistik.

Seit dem Jahre 1899 wird in Deutschland eine amtliche Statistik über Streiks und Aussperrungen geführt. Als die Reichsregierung die Streitstatistik anordnete, war es ihr nicht darum zu tun, über Ursachen, Verlauf und Erfolge der Wirtschaftskämpfe ein objektives Bild zu gewinnen, sondern es kam ihr allein darauf an, die „Gemeinschädlichkeit der von den Arbeitern inszenierten Streiks“ zu beweisen. Das war das Ziel, und damit die Statistik ihre Aufgabe erfüllte, wurde sie entsprechend aufgemacht. Die amtliche Statistik war Polizeiarbeit, die bei den Unternehmern und Streikbrechern eifrige Unterstützung fand. Auf diese Weise bekamen die Regierungen, Gerichte und Polizeibehörden eine Fülle von Material in die Hand, das sich mit Erfolg gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften verwenden ließ. Daß dieses Material die Tatsachen entstellte wiedergab, ja zum Teil purer Schwindel war, störte die „Hüter der Ordnung und Gerechtigkeit“ nicht. Sie waren froh, Material zu besitzen, das ihnen wenigstens den Schein des Rechts zu ihrem Kampfe gegen die Streikenden und besonders gegen die Streikposten gab.

Was auf die Weise zusammengetragen und als amtliche Streitstatistik bezeichnet wurde, war in Ziel und Wesen eine Materialsammlung gegen die Gewerkschaften. Das war allgemein bekannt und anerkannt, trotzdem gelang es den Gewerkschaften aber nicht, diese amtliche Streitstatistik zu beseitigen. Erst nach der Revolution im November 1918 trat eine Änderung ein. Seit 1923 wird die Statistik über Streiks und Aussperrungen in einer Weise vorgenommen, die eine objektive Darstellung der Wirtschaftskämpfe gewährleistet. Die Durchführung der Statistik liegt jetzt nicht mehr bei den Polizeibehörden, sondern bei den Arbeitsnachweisämtern. Nach § 42 des Arbeitsnachweisgesetzes sind die Unternehmer verpflichtet, bei Ausbruch oder Beendigung eines Streiks oder einer Aussperrung den zuständigen Arbeitsnachweisämtern auf vorgefertigten Formularen Anzeile zu machen. Ganz zuverlässig ist diese Erhebungsmethode auch nicht, denn die Vermutung, daß die Unternehmer nicht immer objektiv berichten, ist nicht von der Hand zu weisen. Um dieser und der weiteren Gefahr, daß die Unternehmer die Berichterstattung unterlassen, zu begegnen, werden die Gewerkschaften und Unternehmerverbände zur Mitarbeit herangezogen. Sie sind verpflichtet, aber berechtigt, über Streiks und Aussperrungen an das Arbeitsnachweisamt zu berichten. Geht es das, dann werden Fallbeschreibungen der Unternehmer berichtet. Daß die Gewerkschaften ein großes Interesse an einer umfassenden und objektiven Streitstatistik haben, braucht nicht erst betont zu werden. Darum ist es bedauerlich, daß in verschiedenen Orten und Berufen die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften in der Mitwirkung an der amtlichen Streitstatistik lässig sind.

Die amtliche Streitstatistik wird die Wirtschaftskämpfe wahrheitsgetreu nur dann widerspiegeln, wenn sich die Gewerkschaften und Unternehmerverbände eifrig um sie kümmern. Das war 1923 noch nicht der Fall. Der Streitstatistik für 1923 haftet noch ein weiterer großer Mangel an, der auf die Ruhrbesetzung zurückzuführen ist. Während der ganzen Zeit des Ruhrkampfes ruhte die Berichterstattung aus den besetzten Gebieten. Die Streitstatistik für 1923 gibt also noch kein ganz zutreffendes Bild von den Wirtschaftskämpfen in diesem Jahre. Das wird auch vom Regierungsrat Max Conrad betont, der in Nr. 15 des „Reichsarbeitsblatt“ über ihre Ergebnisse berichtet. Die amtliche Streitstatistik unterscheidet zwischen wirtschaftlichen und politischen Arbeitskämpfen. Außerdem werden Streik und Aussperrung getrennt erfasst, wobei ferner noch unterschieden wird, ob es sich um gewerbliche Arbeiter oder um land- und forstwirtschaftliche Arbeiter oder um Angestellte handelt.

Nach der amtlichen Streitstatistik haben, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich, im Jahre 1923 insgesamt 2209 Arbeitskämpfe stattgefunden, durch die 31 611 Betriebe betroffen wurden. Die Höchstzahl der Streikenden bzw. Ausgesperrten war 2 097 922. Außerdem wurden 47 187 Personen durch die Kämpfe zum Feiern gezwungen. Durch die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe gingen 15 632 190 Arbeitstage verloren. Auf die Streiks kamen 14 268 420 und auf die Aussperrungen 1 343 770 Arbeitstage. Gegenüber den Vorjahren ist 1923 die durchschnittliche Streikdauer wesentlich zurückgegangen. Während auf den einzelnen Streikenden 1919 durchschnittlich 17,03 verlorene Arbeitstage entfielen, waren es 1923 nur noch 7,4. Noch stärker ist der Rückgang, wenn die Vorkriegszeit zum Vergleich herangezogen wird: Im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1913 entfielen 30,5 verlorene Arbeitstage auf jeden Streikenden.

Bei der großen Mehrzahl der Kämpfe handelt es sich um Lohnfragen. Arbeitskämpfe fanden 1923 nur wenige

statt. Aus der Statistik ist leider nicht zu ersehen, wer den Anstoß zu den 49 Arbeitskämpfen gegeben hat.

Das Gesamtergebnis der Arbeitskämpfe im Jahre 1923.

Table with 10 columns: Bezeichnung der Arbeitskämpfe, Zahl der Streiks, Zahl der Streikenden, etc. Rows include Wirtschaftl. Arbeitskämpfe, Politisch. Arbeitskämpfe, Wirtschaftl. u. politische Arbeitskämpfe.

In den letzten drei Spalten der Zusammenstellung ist angegeben, welches Ergebnis die Arbeitskämpfe vom Standpunkt des Arbeiters hatten.

Die wirtschaftlichen Streiks im Jahre 1923 nach Gewerbegruppen.

Table with 10 columns: Bezeichnung der Gewerbegruppen, Zahl der Streiks, Zahl der Streikenden, etc. Rows include Holz- u. Schnitzzugwerke, Papier- u. Druckindustrie, etc.

Summe 1878 21 484 1 487 754 1579 32 890 287 955 636

Die Einteilung der Gewerbegruppen ist die gleiche wie die bei der Berufs- und Betriebszählung 1907.

Das die amtsliche Streikstatistik für 1923 noch nicht vorliegt, was es sein soll und müßte, so ist das nicht die Schuld der Behörden, die sie durchzuführen hat.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 30. Wochbeitrag für die Woche vom 21. September bis 27. September fällig geworden.

Aus der Branche der Modelltischler.

Obwohl die Modelltischler hochqualifizierte Arbeiter sind, lassen ihre Organisationsverhältnisse und infolgedessen auch ihre Arbeitsbedingungen viel zu wünschen übrig.

An einer vom Verbandsvorstand veranstalteten Umfrage über die Verhältnisse in der Modelltischlerbranche haben sich von 150 angegangenen Verwaltungsstellen 129 beteiligt.

Die Wochenarbeitszeit beträgt in 83 Betrieben mit 606 Beschäftigten 46 Stunden, in 17 Betrieben mit 58 Beschäftigten 47 Stunden.

Korrespondenzen.

Berlin. (Kammacher.) Unter der allgemeinen Wirtschaftskrise hat auch das Organisationsverhältnis in der Kammachindustrie gelitten.

Gumbinnen (Ostpreußen). Hier herrscht noch immer eine große Arbeitslosigkeit unter den Holzarbeitern.

Speyer. Die Pfälzische Möbelfabrik G. m. b. H. in Speyer sucht in verschiedenen Tageszeitungen Süddeutschlands Schreiner auf furnierte Möbel.

Unsere Lohnbewegung.

Die Vertragsverhandlungen für Mecklenburg-Schwerin, die seit einiger Zeit schwebten, wurden am 18. September zum Abschluß gebracht.

In den Hauptorten der sächsischen Stuhlindustrie in Rabenau und Geringswalde stehen noch 2000 Kollegen die zwanzigste Woche im Kampf.

In Berlin haben die Kollegen in der Korbbwaren-Fabrik von J. Lorenz die Arbeit eingestellt.

In Darmstadt haben sich die Parteien, nachdem für das Holzgewerbe ein Schiedsspruch gefällt war, auf einen Durchschnittslohn von 66 Pf. verständigt.

In Minden ist der Streit in der Sperrholzindustrie beendet. Der Unternehmer hat sich bereit erklärt, die Lohnansprüche sicherzustellen.

In Swinemünde wurde mit dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe eine Vereinbarung getroffen.

Aus der Holzindustrie.

Aus der Internationalen Union der Holzarbeiter.

Im Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter veröffentlicht der Sekretär Woudenberg (Amsterdam) ein Schreiben des Vorsitzenden der United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America.

Aber die Organisation der Holzarbeiter in Finnland berichtet in der gleichen Nummer Kollege Larnow, der im Auftrage der Internationalen Union am Ende April abgehaltenen Landeskongress teilgenommen hat.

In Italien hat die gewerkschaftliche Organisation unter den Gewaltmaßnahmen der Faschisten stark gelitten. In einem Brief, den der Vorstand des italienischen Holzarbeiter-Verbandes an den Sekretär der Internationalen Union gerichtet hat, wird wohl ausgeführt, daß die faschistische Gewerkschaftsbewegung bei den Holzarbeitern nicht erreicht habe und daß ihr Einfluß auch in den übrigen Verbänden nicht stark sei, aber zwischen den Zeilen kann man doch lesen, daß die Dinge in Wirklichkeit nicht gerade rosig liegen. In den wichtigsten Zentren des Landes hält der Verband die Verträge aufrecht, und zurzeit (der Brief datiert von Anfang Mai) geht die Verbandsleitung daran, die Reorganisationsarbeit zu beschleunigen, um die Rückkehr derjenigen Elemente in die Organisation zu erleichtern, die sich infolge der faschistischen Reaktion und der Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiterorganisationen losgerissen haben. Zu dem Zweck werden Bezirkskonferenzen abgehalten, denen ein Verbandstag folgen soll. Das wichtigste Agitationsmittel des Verbandes ist das Verbandsorgan, denn es ist, wie es in dem Brief heißt, sozusagen ausgefallen. In irgendeiner Gegend Italiens förmliche Arbeiterversammlungen abzuhalten. — In der jüngsten Zeit hat die Ermordung des sozialistischen Führers Matteotti durch faschistische Banditen eine ungeheure Bewegung in Italien ausgelöst, die sich gegen den Faschismus richtet. Es darf erwartet werden, daß diese Bewegung auch die gewerkschaftliche Tätigkeit günstig beeinflusst.

### Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft

hat ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1923 in äußerst knapper Form herausgegeben. Der Währungsverfall hat auch die Berufsgenossenschaft in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Sie half sich durch Erhebung von Beitragsvorläufen und konnte dadurch auf die Inanspruchnahme des Reichsrechts verzichten. Allerdings wurden durch diese Methode schwere Klagen über die unerhörte Höhe der berufsgenossenschaftlichen Beiträge ausgelöst, und es wurden Wünsche nach einer Änderung der Organisation der Sozialversicherung laut. Durch eine Verordnung vom 30. Oktober 1923 hat sich der Reichsarbeitsminister ermächtigen lassen, solche Änderungen auf dem Verordnungswege vorzunehmen; es kann aber als ausgeschlossen gelten, heißt es in dem Bericht, daß die durch beratigte organisierte Maßnahmen betroffenen Versicherungsträger sich einem derartigen Druck widerstandslos fügen.

Auf die ungünstige Geschäftslage im Berichtsjahr weist der Rückgang des Versicherungsbestandes auf. Am Ende des Jahres 1923 umfaßte die Berufsgenossenschaft 9850 Betriebe mit 53 417 Vollarbeitern; das ist gegenüber dem Vorjahr eine Minderung um 144 Betriebe und 8972 Vollarbeiter. Die Zahl der Unfälle hat sich vermindert. Es wurden 1756 Unfälle gemeldet, von denen 383 als entschuldigungsspflichtig anerkannt wurden. Auf 100 Vollarbeiter kamen somit 0,71 entschuldigungsspflichtige Unfälle gegen 0,84 im Vorjahr. Die Zahl der tödlichen Unfälle hat sich von 18 auf 14 vermindert. Über Betriebsrevisionen sagt der Bericht nichts, auch haben die technischen Aufsichtsbeamten den sonst üblichen Bericht nicht erstattet. Wenn daraus geschlossen werden dürfte, daß man aus Ersparnisrücksichten den Aufsichtsdienst eingestellt hätte, dann wäre das sehr zu bedauern. Statt dessen wird der größte Teil des Berichtes durch umfangreiche Kassennachweisungen ausgefüllt, die natürlich mit ihren riesenhaften Papiermarkzahlen nichts besagen.

## Gewerkschaftliches.

### Unstimmigkeiten in den christlichen Gewerkschaften.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß zwischen den Führern der christlichen Gewerkschaftsbewegung tiefgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese Gegensätze finden ihre Erklärung in der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften. Diese wurden von klugen Zentrumspolitikern ins Leben gerufen, um zu verhindern, daß die gläubigen und denkschwachen Arbeitermassen, auf die sich das Zentrum vornehmlich stützte, beim Erwachen des Klassengefühls der Sozialdemokratie zuwenden. Zur Werdung des Klassengefühls haben die brutalen Unterdrückungen der Unternehmer wesentlich beigetragen. Aufgabe der christlichen Gewerkschaften war es, unter ihren Anhängern das religiöse Gemeinheitsgefühl nach Möglichkeit zu pflegen, um ein zu starkes Ausprägen der Klassenfölkdarkeit zu verhindern. Klassengefühl, Klassenfölkdarkeit oder gar Klassenkampf waren Begriffe, die in der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu verpöndt waren.

Aber die Verhältnisse waren stärker als der gute Wille der geistlichen Berater. Die christlichen Gewerkschaften waren gezwungen, sich gewerkschaftlich zu betätigen, wollten sie ihre Anhänger an sich fesseln. In den ersten Jahren ihrer Existenz wurde zwar mitunter der Versuch unternommen, sie als Streikbrechergarden zu verwenden, man mußte aber diese Versuche bald aufgeben, und in der Folgezeit haben sich die christlichen Gewerkschaften mit stetigem Erfolg bemüht, nicht nur die inneren Organisationseinrichtungen der freien Gewerkschaften, sondern auch deren Kampfmethode anzuwenden. Sie tragen keine Bedenken, sich gegebenenfalls mit den freien Gewerkschaften über die tatsächlichen Maßnahmen zu verständigen, um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Gelegentliche Seitenprünge bestätigen nur die Regel.

Während sich so in der Masse der christlichen Gewerkschaften das proletarische Klassengefühl immer mehr verhärtete — daß der Klassenkampf von ihnen offiziell geteignet wird, und daß sie sich bemühen, eine besondere Gedankensphäre zur Erklärung ihrer Haltung zu entwickeln, ist bedeutungslos; nicht das Wort, die Tat entscheidet — zeigte sich bei einigen hervorragenden Führern eine andere Entwicklung. Am auffälligsten trat das bei dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, in Erscheinung. Auf ihr könnte man das bekannte Wort anwenden, daß Politik den Charakter verleiht. Ist es jedenfalls, daß sich seit seinem Eintritt in die Politik ein Bewußtsein, die wohl schon länger in ihm schlummernden Charakterzüge stärker entwickeln, die ihn notwendig in einen immer stärkeren Gegensatz zu seinen Klassengenossen bringen mußten.

Der Schreiner Stegerwald hat sich zweifellos durch eisernen Fleiß ein tüchtiges Maß von Kenntnissen angeeignet; er ist sicher auch eine Führernatur, und so kam er in der christlichen Gewerkschaftsbewegung schnell zu Ehren und Ansehen. Damit wuchs auch sein Selbstbewußtsein, sein Herrscherwille, der wohl schon früher zu Zusammenstößen mit den Kollegen geführt haben mag, die nicht in der gleichen Weise wie Stegerwald selbst von dessen Gottähnlichkeit überzeugt waren. Die Zentrumspartei, der Stegerwald angehört, umfaßt nicht nur Angehörige der verschiedenen sozialen Schichten, in ihr gibt es auch Vertreter der verschiedensten sozialen Strömungen. Stegerwald fühlt sich, im Gegensatz zu dem Gros der Zentrumsarbeiter, die danach streben, ihrer Partei einen demokratischen Charakter zu geben, mehr zu seinen politischen, wirtschaftlich und sozial reaktionär eingestellten Parteigenossen hingezogen. So wurde er als geeignet befunden, von seiner Partei als Ministerpräsident präsentiert zu werden, als es seinerzeit galt, den Reichstagen in Preußen scharfer zu betonen. Bezeichnend für Stegerwalds politische Einstellung ist es auch, daß er als Kandidat für den Reichszanklerposten genannt wurde, als der Gedanke erwogen wurde, die Deutschnationalen in die Reichsregierung einzubeziehen.

Man kann es verstehen, daß diese Entwicklung des Vorsitzenden ihres Gesamtverbandes bei den demokratisch empfindenden Führern der christlichen Gewerkschaften keine reine Freude auslöste. Sicher haben es viele von ihnen als eine Enttäuschung empfunden, als der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiter-Verbandes, Imbusch, auf der Ende August abgehaltenen Generalversammlung seiner Organisation seinem Herzen Luft machte. Er fand starke Worte über die Rechtsentwicklung Stegerwalds, dessen Tätigkeit als Ministerpräsident er als der Sache der christlichen Gewerkschaften nicht förderlich bezeichnete. Die von ihm bewirkte Gründung des Deutschen (christlichen) Gewerkschaftsbundes verfolgte den Zweck, große Massen zusammenzufassen, dabei wurde jedoch ein Gebilde geschaffen, dem Organisationen angehören, die Anschauungen vertreten, welche von denen der christlichen Gewerkschaften stark abweichen. Die Leitung, das heißt Stegerwald, neigt zu den Neuhinzugekommenen, und damit wächst die Gefahr, daß auch die christlichen Gewerkschaften in ein ihnen bisher fremdes soziales Fahrwasser geraten. Vergißten habe „Der Deutsche“, die von Stegerwald gegründete Tageszeitung, gewirkt, „Der Deutsche“ sei in einem undemokratischen, unsozialen und direkt bergarbeiterfeindlichen Geiste redigiert. Imbusch sprach unter lebhaftem Beifall seiner Zuhörer, und der Versuch des Vertreters des Gesamtverbandes, die Wirkung von Imbuschs Rede abzumildern, schlug fehl, wie aus den angenommenen Entschließungen hervorgeht.

Daß Imbusch auch außerhalb der Bergarbeiterorganisation bei den Führern der christlichen Gewerkschaften starke Zustimmung findet, ist aus mancherlei Andeutungen zu schließen, aber man hält mit öffentlichen Äußerungen zurück, denn Stegerwald führt ein scharfes Regiment. In der neuesten Nummer des „Zentralblattes“ der christlichen Gewerkschaften nimmt er selbst das Wort, um nachzuweisen, daß grundlegende Meinungsverschiedenheiten in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eigentlich nicht bestehen. Imbusch sei zu seiner Auffassung nur gekommen, weil er in den letzten Jahren die Beziehungen zur Gesamtbewegung nicht so gepflegt habe wie andere Verbandsvorstände. Ob es Stegerwald gelingen wird, mit solchen Darlegungen die Gemüter zu beruhigen, steht dahin.

Bemerkenswert ist ein anderer Aufsatz in der gleichen Nummer des „Zentralblattes“ mit der Überschrift „Vertrauen zueinander“. In ihm wird das gleiche Thema abgehandelt in Verbindung mit der Tatsache, daß eine größere Zahl von Angehörigen der christlichen Gewerkschaften parlamentarisch in den verschiedensten rechtsstehenden Parteien tätig sind, und daß diese politische Tätigkeit zu einer Lockerung der Beziehungen zu den Gewerkschaften führe. Diejenigen, die ein Mandat besitzen oder hoffen, ein solches zu erringen, bringen der parteipolitischen Betätigung größeres Interesse entgegen. Das Wirken in verschiedenen Parteilagern führe zu Mißbilligungen. Wörtlich heißt es dann: „Bereits hat man's soweit gebracht, daß sich in Stegerwalds eigener Partei jugendliche Akademiker ohne Lebenserfahrung, zum Katholizismus übergetretene Juden und anderes nicht wurzelfestes Volk zum Ankläger gegen ihn erhebt.“ Daß die Juden an allem Ubel schuld sind, ist ein halentzweihilflicher Glaubenssatz, aber daß sie sich auch in der gut katholischen Zentrumspartei als zerfetzendes Element betätigen und es sogar wagen, an Stegerwalds Unfehlbarkeit zu zweifeln, ist, für den Außenstehenden wenigstens, neu. Oder sollen die um Imbusch mit den erwähnten Ausdrücken insamiert werden?

Imbuschs Vorstoß auf der Generalversammlung der christlichen Bergarbeiter hat begreifliches Aufsehen erregt. Die Verteidigung Stegerwalds und besonders die Unterstützung, die er in seinem „Zentralblatt“ erfährt, zeigt auch denen, die es bisher noch nicht wußten, daß der Riß im christlichen Gewerkschaftslager tief geht. Es kriselt, und die christlichen Gewerkschaften werden sich bald vor die Entscheidung gestellt sehen, ob sie eine Arbeiterbewegung mit grundsätzlich demokratischer Einstellung bleiben oder ob sie im Gefolge Stegerwalds in das Lager der politischen und sozialen Reaktion abmarschieren wollen.

### Die Gewerkschaften gegen die soziale Reaktion.

Die Unternehmerverbände führen einen wohlorganisierten Kampf gegen die Sozialpolitik. Durch diese wird die Wirtschaft angeblich unerträglich belastet. Gegen diese Auffassung wendet sich eine Deutung des DVOB an den Reichswirtschaftsminister. Die Gewerkschaften wenden sich an diese Regierungsinstitution in der wohl berechtigten Annahme, daß der Reichswirtschaftsminister mit einer Flut von Beschwerden und Klagen über die Sozialpolitik aus den einzelnen Wirtschaftsgebieten und Wirtschaftskreisen überflutet wird. In der Deutung wird die Bedeutung der Sozialpolitik für die Wirtschaft auseinandergesetzt und der Reichswirtschaftsminister aufgefordert, die Bestrebungen der Unternehmer abzulehnen. Die Unternehmer erklären, daß der auf der deutschen Wirtschaft lastende innere und äußere Druck es verbiete, die Sozialpolitik in ihren jetzigen

Grenzen fortzuführen oder sie gar zu erweitern, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt erbrücke. Es muß anerkannt werden, daß eine Reihe von Faktoren die mit Deutschland in Wettbewerb stehenden Volkswirtschaften begünstigen. Aber die Hemmnisse der deutschen Wirtschaft sind nicht zu suchen in den Auswirkungen der deutschen Sozialpolitik, sondern vor allem in den besonderen störenden wirtschaftspolitischen, betriebswirtschaftlichen und betriebstechnischen Verhältnissen. In der Deutung wird unter anderem ausgeführt:

Das Unternehmertum sucht die Entlastung, um den Konsequenzen einer fallenden und gefährdenden Wirtschaftsführung zu entgehen, in der Belastung der Arbeitnehmer, durch die schematische Verlängerung der Arbeitszeit, möglichen Lohnbräuk, Bekämpfung kollektiver Vereinbarung der Arbeitsbedingungen und Beschränkung der sozialen Versicherung und Fürsorge. Trotzdem die Regierung diesen Forderungen bereits sehr weit entgegenkam durch Aufhebung der Demobilisierungsverbote, durch Erleichterung der Arbeitszeitverordnung, durch Einschränkung des Schlichtungswesens, Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung, Beseitigung der Kurzarbeiterunterstützung usw., bestimmt das Unternehmertum die Regierung um weitere Verschärfungen der Sozialpolitik.

Der Vorstand des DVOB. steht sich veranlaßt, seine warnende Stimme zu erheben. Die Forderungen der Unternehmer sind unbedenklich und gefährlich, und der Versuch ihrer gewalttätigen Durchsetzung muß die deutsche Volkswirtschaft auf das äußerste gefährden.

Unberechtigt sind die Forderungen, weil die Belastung durch eine gegenüber der Vorkriegszeit weitergespannte Sozialpolitik alle Volkswirtschaften, nicht nur die deutsche, trifft. Ein Vergleich der Lasten der sozialen Fürsorge zeigt, daß die mit Deutschland konkurrierenden Länder sogar relativ höhere soziale Leistungen bei ebenso hohem, oft sogar stärkerer Inanspruchnahme tragen, so daß die Belastung ihrer Wirtschaft mindestens gleich hoch, vielfach aber höher ist als in Deutschland. Wo in Ermangelung einer sozialen Versicherung oder staatlichen Fürsorge die unmittelbare Belastung durch Sozialbeiträge forciert, geben wesentlich höhere Löhne den Arbeitnehmern die Voraussetzung, von sich aus für eine ausreichende Hilfe zu sorgen.

So zeigt die derzeitige Sozialpolitik sehr deutlich, die nicht den deutschen Unternehmer, sondern im Gegenteil den deutschen Arbeitnehmer schaden müssen. Aber die Durchführung der Forderungen der Unternehmer ist auch unmittelbar für die deutsche Wirtschaftspolitk gefährlich. Gelänge es den Unternehmern, den Bestand der deutschen Sozialpolitik nach weiter zu erschüttern und ihren Ausbau zu hindern, so würde dieses die Stabilisierung der tatsächlich wirtschaftsbedingenden Faktoren und der falschen Wirtschaftsführung bedeuten.

Die deutschen Unternehmer treiben eine kurzfristige Politik, wenn sie von der Beschränkung der Sozialpolitik, von Arbeitszeitverlängerung und unerträglichem Lohnbräuk dauernde Vorteile für die deutsche Wirtschaft erwarten. Während in erster Linie der zielstrebigste Umbau des noch immer mit unrentablen Betrieben überlasteten Wirtschaftapparates, entschlossenes Abstoßen wirtschaftlicher, produktionsverwertender Wirtschaftsgüter und Ausschalten alles Überflüssigen Zwischenhandels und Zwischengewinns die unerlässlichen Voraussetzungen für eine Gesundung sind, glaubt das Unternehmertum diesen für viele Unternehmungen sicher schmerzvollen Weg durch den Druck auf die Sozialpolitik und die Arbeitsbedingungen vermeiden zu können.

Demgegenüber müssen die Gewerkschaften, heißt es zum Schluß in der Deutung, immer wieder betonen, daß der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft untrennbar verknüpft ist mit der Schaffung und Erhaltung einer arbeitskräftigen und arbeitsfrohen Arbeiterschaft. Die deutsche Arbeiterschaft ist sich der Schwere der auf ihr lastenden Verantwortung durchaus bewußt, aber sie kann um ihrer kulturellen Zukunft willen nicht die Forderungen des deutschen Unternehmertums, wie sie in den Angriffen auf die deutsche Sozialpolitik zum Ausdruck kommen, erfüllen. Darum bergen die Angriffe der Unternehmer auf die Sozialpolitik die Gefahr in sich, daß die Wirtschaft durch die unvermeidbaren Abwehrkämpfe auf das empfindlichste gelähmt wird.

### Verbandstag der Maschinisten und Setzer.

Am 25. und 26. August fand in Breslau der 15. Verbandstag des Zentralverbandes der Maschinisten und Setzer sowie Berufsgenossen statt. Die Mitgliedzahl ist von 100 927 im Jahresdurchschnitt 1922 auf 92 013 im Jahre 1923 gefallen. Auf dem Verbandstage wandte sich der Verbandsvorsitzende mit großer Schärfe gegen die Angliederung des Verbandes an eine Industrieorganisation. Diese sei für die Maschinisten praktisch undurchführbar. Vom DVOB. wird verlangt, daß er innerhalb der Betriebsräteorganisation eine besondere Industriegruppe für die Maschinisten schafft. Zugestimmt wurde dem vom DVOB. geplanten Volksentscheid über den Achtstundentag. Jedes Mitglied ist verpflichtet, einen Extrabeitrag von 50 Pf. zu zahlen. Der Verbandsbeitrag beträgt 50, 60, 70, 80 und 100 Pf. Die Kampf- und Sozialunterstützungen wurden neu geregelt; die Neuregelung tritt am 1. Januar 1925 in Kraft.

### Verbandstag der Schuhmacher.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt seinen 20. Verbandstag Ende August in Leipzig ab. Zu gleicher Zeit konnte die Organisation auf einen 40jährigen Bestand zurückblicken. Am Verbandstag nahmen 77 Delegierte teil; zwei Delegierte war von den Unternehmern der Urlaub zur Teilnahme an der Tagung verweigert worden. Der Antrag, Vertreter des All-Russischen Lederarbeiter-Verbandes zuzulassen, wurde abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr ein anderer Antrag, der die Entsendung von Delegierten zum Verbandstag der Russen forderte. Scharf zurückteilt wurde das unerhörte Treiben kommunistischer Verbandsmitglieder. Ihr Antrag, dem Verbandsvorstand das Mißtrauen auszusprechen, wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Mit 57 gegen 26 Stimmen kam eine Entschließung zur Annahme, die die parteipolitische Unabhängigkeit des Verbandes festlegt. Der Schuhmacher-Verband zählt gegenwärtig 91 477 Mitglieder; sein höchster Mitgliederbestand war 116 946 im 3. Vierteljahr 1922.

### Verbandstag der Buchdrucker.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hielt seinen 22. Verbandstag Anfang September in Hamburg ab. Zum Frage des Graphischen Industrieverbandes, der von den Buchdruckern in einer Abstimmung abgelehnt wurde, entschied sich der Verbandstag für ein enges Zusammenarbeiten der vier graphischen Verbände im Graphischen Bund. Damit die Entwicklung zum Industrieverband gefördert wird, wird den beteiligten Verbänden vorgeschlagen: 1. Durchführung gleichartiger Sogungen, 2. Vereinheitlichung der Mantelkarte, 3. Gleichartige Gestaltung der Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen, 4. Bildung eines graphischen

